

## Deutschland.

**Berlin, 2. September.** Ein Artikel des „Journal de Paris“ beschäftigt sich mit der Antworthypothese des Grafen Beust vom 15. August in einer für denselben eben nicht schmeichlichsten Weise und kommt dabei ausführlicher auch auf die allgemein beliebte Redensart des Grafen Beust von Sympathien Frankreichs für Oesterreich zu sprechen. Nachdem das Blatt vorausgeschickt hat, daß Graf Beust in Paris einen Vertreter habe, der ihn nicht immer genau zu informiren scheine, meint es in dieser Hinsicht: „Oesterreich besitzt unsere ganze Sympathie, aber unter der Bedingung, daß die Regierung desselben nicht etwa den öffentlichen Frieden wegen der häuslichen Streitigkeiten des Grafen Beust mit dem Grafen Bismarck, wegen der Eifersüchteleien des lärmenden sächsischen Pompejus gegen den glücklichen Cäsar der preussischen Diplomatie bedrohe. Dies möge sich Graf Beust gesagt sein lassen.“ Ein Artikel in einer der neuesten Nummern der „Correspondance italienne“ bemüht sich nachzuweisen, daß die italienische Regierung immer der Sache des Friedens zugestanden gewesen sei und daß sie derselben auch in Zukunft aus allen Kräften dienen werde. Diese Versicherung des offiziellen Blattes kann uns nur willkommen sein. — Die liberale Presse bereitet den Feldzug der Opposition gegen die Regierung in der nächsten Landtags-Session in einer eigenthümlichen Weise vor. Zunächst begegnet man den gewöhnlichen Widersprüchen der Opposition. Früher war die Parole derselben, daß von der nächsten Session nichts Ersprießliches zu erwarten sei, da von der gegenwärtigen Regierung Reformvorlagen oder organische Vorlagen nicht ausgehen könnten, sondern daß der Landtag sich nur mit Finanzfragen, mit dem Staatshaushalt u. s. w. zu beschäftigen haben werde. Da dergleichen Vorlagen nun ihrem Abschluß entgegen gehen und dem Landtag wahrscheinlich schon beim Beginn der Session zur Berathung zugehen werden, so ändert man jetzt den Ton und erklärt, daß zwar dergleichen Vorlagen zu erwarten wären, daß aber Ergebnisse nicht erzielt werden würden, da Alles, was von dem Kultusministerium oder dem Ministerium des Innern ausginge, auf den Widerstand des Abgeordnetenhauses stießen würde. Besonders richtet sich die Polemik gegen die Reform der Kreisverfassung. Es wird gesagt, der Minister des Innern zeige sich zwar voreigentlich, daß das liberale Programm einzuhalten, wie es von dem Abgeordneten Friedenthal entworfen und befürwortet werde, das genüge aber der liberalen Partei nicht, da der Abg. Friedenthal nur der freikonservativen Partei angehöre. Die Verhandlungen über die neue Kreisordnung würden daher zu keinem Resultate führen. Wenn man die Geschichte der parlamentarischen Kämpfe verfolgt, so sieht man, daß die Forderungen der liberalen Partei von jeher mit auf eine Reform der Kreisordnung gerichtet gewesen sind. Jetzt nun, da dieser Forderung genügt werden soll, werden diesen Versuchen, ehe man überhaupt noch Kenntniß von denselben hat, vom Standpunkte der systematischen Opposition aus alle Erfolge abgesprochen. Daß ein ersprießlicher Fortschritt im Staatsleben im Zusammenhang mit einer Partei, die solchen Grundfragen huldigt, nicht möglich ist, braucht wohl nicht erst erörtert zu werden. — Ein Theil der Opposition ist übrigens nicht nur nicht mit dem Herrn v. Mühlner und dem Grafen Eulenburg, sondern auch mit dem Grafen Bismarck nicht mehr zufrieden, wie auch schon früher von uns angeführt worden ist. Neuerdings bemerkt in dieser Hinsicht wieder die „Elberfelder Zeitung“ bei einer Besprechung der nächsten Landtagsession, daß Graf Bismarck möglicher Weise wieder mit seinem alten Effektmittel kommen, nämlich mit seinem Rücktritt drohen werde und wirft dann die Frage auf, ob er mit dergleichen Sachen etwas zu erreichen hoffe und ob er denn wirklich nicht zu ersetzen sei. Die alberne Antwort des demokratischen Blattes auf diese Frage erzählt wohl im Voraus Jedermann selbst. Graf Bismarck ist nach dem demokratischen Blatt natürlich zu ersetzen, aber nicht aus dem Kreise seiner gegenwärtigen Kollegen, sondern aus dem Kreise der liberalen Partei nach dem Schlage der „Elberfelder Zeitung“. — Durch eine Verfügung des Handelsministers sind die Eisenbahn-Bewaltungen angewiesen worden, eine genaue Berechnung über den finanziellen Einfluß der von der Handelskommission des Abgeordnetenhauses beantragten Herabsetzung der Frachtsätze für Kohlen, Coaks, Holz, Steine, Erz, Salz, Düngungsmittel und Aboisen auf den Staats-Eisenbahnen und den unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen zu veranstalten. Diese Berechnungen haben indessen keine rechte Uebersicht gewährt, weil sie zum Theil nach verschiedenen Grundätzen bewerkstelligt worden sind. Um das Material besser nutzbar zu machen und daselbe als Grundlage für eine etwaige legislative Vorlage zu verwenden, sind jetzt die Eisenbahn-Direktionen angewiesen worden, ihre Berechnungen nach einem gleichmäßigen Schema aufzustellen, und zwar mit Zugrundelegung der Ergebnisse von 1868. Es geht daraus hervor, daß die Berechnungen der Art gemacht werden sollen, daß die wirklichen Einnahmen aufgestellt und dieselben mit den

Erträgen in Vergleich gebracht werden sollen, wie dieselben sich bei den beantragten Tarif-Veränderungen herausstellen würden.

**Berlin, 3. September.** Se. Maj. der König wohnte gestern Vormittags mit dem Prinzen Albrecht, dem Prinzen Ludwig von Hessen, der Generalität dem Manöver der 21. und 25. Division auf dem Terrain zwischen Homburg und Babelsberg, kehrte Mittags nach Schloß Homburg zurück und arbeitete mit dem General-Adjutanten von Tressow. Das Diner fand um 4 Uhr statt.

— J. M. die Königin hat in diesen Tagen mit H. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin von Baden einige schön gelegene Punkte am Bodensee besichtigt. Die Großherzoglichen Herrschaften begeben sich nach Karlsruhe, während J. M. die Königin den Weg nach Baden, zum Gebrauch der Herbstkur, über die Schweiz nimmt.

— Auch aus Neuwied wird jetzt gemeldet, daß sich Se. D. der Fürst Wilhelm von Wied (geb. 22. August 1845) sich mit J. K. H. der Prinzessin Marie der Niederlande (geb. 5. Juli 1841), zweiten Tochter des Prinzen und der Prinzessin Friedrich der Niederlande, verlobt hat.

— Das Konfistorium in Kiel hatte die schleswig-holsteinische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß „dem Laster des Spiels“ durch das obrigkeitlich gestattete Ausspielen geringfügiger Sachen auf den Jahrmärkten und bei Volksbelustigungen ein großer Vorschub geleistet werde, namentlich da auch Schulkinder sich erwiefernmaßen an dem Spiele beteiligen. Da die Regierung dieser Ansicht beigetreten ist, so sind die Polizeibehörden angewiesen worden, die in Rede stehenden Auspielungen nur mit Einschränkungen zu gestatten.

— Der englische Direktor der Suez-Kanal-Gesellschaft, Daniel A. Lange, zeigt in der „Times“ an, daß Vorschriften für die Benutzung des am 17. November zu eröffnenden Kanals erlassen worden seien, Art. 1 gebe die Schiffsahrt allen Schiffen ohne Unterschied der Nationalität frei, vorausgesetzt, daß ihr Tiefgang 7½ Meter nicht übersteige, indem der Kanal eine Tiefe von 8 Meter habe.

**Posen, 1. September.** Der Domherr Richter, der vor drei Jahren von hier an das Domkapitel in Erzer versetzt wurde, ist dort Ende voriger Woche gestorben. Der Verstorbene war vor 1848 Direktor des Gymnasiums in Kulm, wurde dann zum Domherrn in Pöplin ernannt und später in derselben Eigenschaft an das hiesige Domkapitel versetzt. Er hatte hier wegen seiner deutschen Gesinnung mancherlei Anfeindungen seitens der polnischen Agitationspartei zu erdulden.

**Breslau, 31. August.** Bei dem gestern zwischen Erenbich und Zirkow abgehaltenen Manöver trafen (so schreibt die „Schl. Z.“) den Kommandeur des 51. Infanterie-Regiments, Oberst Knipping, ein schwerer Unfall. Im Augenblicke, wo derselbe sein Regiment eine Berglehne hinabführte, brach das Pferd unter ihm zusammen und Oberst Knipping wurde mit solcher Gewalt von demselben herabgeschleudert, daß er außer geringfügigen Verletzungen einen Bruch des Schädelgrundes und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Gestern war der Zustand des tief beklagten Patienten höchst besorgniserregend, doch konstatierte Professor Klopisch, der unmittelbar nach dem Vorfalle zu dem Verletzten berufen wurde, in Gemeinschaft mit den Militär-Ärzten heute Morgen beruhigende Symptome, die wenigstens einer leisen Hoffnung auf Wiederherstellung Raum geben.

**Hannover, 1. September.** (B. V. C.) Unverwundlich sind die Welsen mit den von ihnen in Scene gesetzten Agitationen und können dies um so mehr, als sie nicht nöthig haben, mit den Geldern, welche ihnen für diesen Zweck zu Gebote stehen, sparsam umzugehen. Dank den Depositionen sind die Mittel nicht knapp, denn — die Geschäfte der Wiener Bank gehen sehr gut. Gewerfabriken, welche Millionen kosten, vermögen die armen Entfrönten noch zu kaufen und auch sich sonst kleine Amüsements zu bereiten, welche sie vor 1866 als todeswürdige Verbrechen betrachtet hätten. Welch ein Zetergeschrei erhob sich, als das vom norddeutschen Bund verwaltete Vermögen der Depositionen mit Beschlag belegt wurde und doch war es nur ein kleiner Bruchtheil des Gesamtvermögens. Welche Summen mag wohl bis jetzt die Unterhaltung der Wählerleien zu Gunsten der Entfrönten gekostet haben und welche Ergebnisse hat man erzielt? Leute wie Bebel, Liebknecht und Konsorten sind die Bundesgenossen der ehemaligen Machthaber und wird dieser schöne Bund noch durch sonstige staats- und volks-feindliche Elemente verstärkt. Das einzige Bewundernswürthe an den verbündeten Vaterlandsfeinden ist die Eier, mit welcher sie jedes kleine Ereigniß auszubeuten und ihren Zwecken entsprechend zu verwenden suchen. Man liebäugelt mit den Orthodoxen und den Freigeistern womöglich zugleich und redet bald den Standesinteressen des Adels, bald den weitgehendsten Forderungen des Sozialismus und der Kommunisten das Wort; man fordert mit Ungestüm

eine Reduzirung der Wehrkräfte Norddeutschlands und beglückwünscht das Ausland, daß es wohlgerüstet und schlagfertig der eigenen Heimath gegenüber stehe. Man beginnt einen förmlichen Verfassungsturm, schmähst die Gejehe und hat es doch nur der liberalen Verfassung und den glimpflichen Gejehe zu danken, daß man diese ungestraft schmähst darf. Welches Ende sollen diese nehmen? Obwohl Deutschland noch niemals kräftiger in sich selbst und dem Auslande gegenüber dagestanden als jetzt, ist es doch auch niemals feindlicher angegriffen als jetzt und dazu noch von den eigenen Söhnen, welche unter der Parole der Volksfreiheit den Interessen des Auslandes dienen. — Der Dampfer „Bienenkorb“ ist gestern Morgen aus dem grönländischen Eismeer in Bremerhaven eingetroffen. Die vom „Hudson“ über die deutsche Nordpol-Expedition gebrachten Nachrichten wurden durch die des „Bienenkorb“ vervollständigt.

**Merseburg, 2. September.** Bei der heute in Lauchstädt abgehaltenen Wahl wurde Dr. Ue-Halle (liberal) gegen den konservativen Kandidaten Grafen Schulenburg-Burgscheidungen gewählt; da eine absolute Majorität nicht erzielt war, so mußte in engerer Wahl das Loos entscheiden.

**Hamburg, 2. September.** Die Gartenbau-Ausstellung wurde heute vom Syndikus Merck mit einer herzlichen Ansprache eröffnet, in welcher er auf den internationalen Charakter des Unternehmens hinwies und für die lebhafteste Betheiligung an derselben dankte.

**Dresden, 2. September.** Der König wird sich demnächst in die Oberlausitz begeben und während des dortigen Aufenthaltes zwei Tage in Bautzen residiren, woselbst größere königliche Tafeln dem Vernehmen nach stattfinden werden. Dem Reisezuge unterliegen in dieser Provinz in den nächsten Tagen stattfindenden Manöver, welche in der Umgegend von Bautzen und Löbau abgehalten werden sollen. Selbstverständlich werden der Kronprinz und Prinz Georg, und zwar letzterer mit einem Kommando beauftragt, den Uebungen beizuwohnen, bei welchen die Truppen auch in selbstgemäßer Weise einige Nächte hindurch bivoualiren werden.

**Glauchau, 31. August.** Das „Sächsische Wochenbl.“ schreibt: „Bei Wiederbesetzung der Pfarrstelle zu Laura hat der Patronalherr Graf Karl von Schönburg nicht nur dem Kirchenvorstand alle Bewerber genannt, sondern auch, dem Wunsche desselben entsprechend, den Kantor Gerstenberg in Weichselburg mit dieser Stelle betraut.“ (Graf Karl v. Schönburg ist bekanntlich vor Kurzem zur römischen Kirche übergetreten, und es war deshalb bei den evangelischen Gemeinden seiner Herrschaft Bedenken gegen die fernere Ausübung seines Patronats entstanden. Der vorliegende Fall ist deshalb um so mehr von Interesse, weil er der erste Patronatsakt seit der Konversion war, und er nun ganz dem Wunsche des Kirchenvorstandes gemäß gehandelt hat.)

**Darmstadt, 2. September.** Das Hofgericht hat gegen die Hofgerichtsadvokaten Webedind, Hoffmann und Dernberg wegen deren Erklärung zu Gunsten Metz' in dem Prozesse gegen Fendt eine Untersuchung eingeleitet.

**Mainz, 2. September.** Bei den heutigen Debatten des volkswirtschaftlichen Kongresses sprachen mehrere Redner für die Ausdehnung des preussischen Gesetzes über den Unterstützungswohnort auf den norddeutschen Bund sowie für staatliche Regulirung des Armenwesens. Die Entscheidung über diese Frage wurde auf den nächsten Zusammentritt des Kongresses vertagt und eine Vorbereitungs-Kommission für dieselbe gewählt.

**Mainz, 2. September.** Zweite Sitzung des volkswirtschaftlichen Kongresses. Böhmert (Zürich) berichtete über die Armenpflege und empfahl ein System freiwilliger Armenpflege an Stelle der bisherigen gesetzlichen Zwangsarmenpflege.

**München, 31. August.** Der Gesetzentwurf betreffend die Bürgerwehr ist nun in seinen Grundzügen durchberathen. Nach den nöthigen Vereinbarungen zwischen dem Ministerium des Innern und dem Kriegsministerium gelangt derselbe vorerst in den Ministerrath und dann zur Berathung in den Staatsrath. Die Erledigung des neuen Gesetzes muß noch in dieser Landtagsession erfolgen, da am 1. Januar 1870 das für die bisherige Landwehr (älter Ordnung) geschaffene Provisorium zu Ende geht. — Die Beurlaubung des Sekretärs des Königs, Ministerialrathes Spohnsky, wird fast unzweifelhaft als ein Vorzeichen der Enthebung desselben von seinem Posten betrachtet.

**Ausland.**

**Wien, 1. September.** Die ungarischen Blätter beschäftigen sich viel mit der Angelegenheit der Militärgrenze. Im Allgemeinen hat diese Angelegenheit in der ungarischen Presse eine große Erbitterung hervorgerufen. Alle Organe, ohne Unterschied der Partei, kämpfen gegen die, wie sie meinen, sich wieder regende Reaktion an. Einzelne Vorgänge, die unter andern Verhältnissen keine weitere Beachtung gefunden haben wür-

den, werden jetzt für eben so viele Merkmale der wieder erwachenden Reaktion ausgegeben. So z. B. veröffentlicht „Mag. Uj.“ ein Schreiben eines Herrn Kantus, des Mitgliedes und Vertreters der ungarischen Interessen bei der ostasiatischen Expedition, in welchem darüber Klage geführt wird, daß sich die Schiffs-Offiziere bei den fremden Höfen nur als Vertreter der österreichischen Regierung geriren, daß nur ein Kaiserthum Oesterreich erwünscht, Ungarn und seine Interessen aber als nicht vorhanden betrachtet werden. Als die Offiziere von Kantus darüber zur Rede gestellt worden seien, haben sie ihm in einem nicht eben freundschaftlichen Tone erwidert, daß für sie der 1867er Ausgleich nicht bindend wäre und daß derselbe, sobald sich die Umstände günstiger gestalten hätten, unbedingt auch wieder aufgehoben werden würde. In Folge davon hat Kantus seine Entlassung nachgesucht. „Mag. Uj.“ bemerkt hierzu, daß, wer bisher noch an dem Vorhandensein der Reaktion gewandelt habe, in dem Vorgange einen deutlichen Belag für dieselbe finden werde und fordert zugleich die Regierung energisch auf, eine Genugthuung in dieser Angelegenheit zu geben.

**Paris, 1. September.** Der Senat hat heute die Berathung des Senatsbeschlusses begonnen. Nachdem bereits mehrere Redner gesprochen hatten, ergriff Prinz Napoleon zu Gunsten des Entwurfs das Wort: er forderte indessen verschiedene Erweiterungen und Verbesserungen und beanpruchte auch für den Senat das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen. — Der Minister des Innern, Forcade de la Roquette, bekämpfte die Rede des Prinzen und erklärte, das Ministerium werde nie darauf eingehen, dem von ihm aufgestellten Programme beizupflichten.

**Paris, 2. September.** Ueber die gestrige Rede des Prinzen Napoleon im Senat meldet eine zweite Depesche: Der Prinz spricht sich für die Entwicklung der Pressefreiheit und Vereinsfreiheit aus und bedauert, daß der Bericht über den Senatskonsult in dieser Beziehung so wenig Vertrauen zeige. Man dürfe die gegenwärtigen Reformen nicht als ein Experiment betrachten, denn dadurch würde man ihre Wirksamkeit abschwächen. Das autoritäre Kaiserthum müsse seine Schiffe völlig hinter sich verbrennen; erst dann werde es liberaler werden. Die Regierung müsse stets an der Spitze der Bewegung einhergehen, statt derselben Hindernisse zu bereiten. Der Prinz verweist auf die freimüthigen Institutionen, welche fast in allen Ländern Europas herrschen und konstatiert, daß keine Regierung jemals hoffen dürfe, die Parteien zu entzweifeln. Die Opposition sei eine Nothwendigkeit für jede Regierung. Wie man mit Majoritäten Alles machen könne, nur nicht sich darauf setzen, so vermöge man auch mit dem Despotismus alles, nur sei es unmöglich, ihn dauernd zu machen. Der Prinz billigt es, daß der Kaiser bei dieser Veranlassung kein Plebiszit herbeigeführt hat, denn ein solches müsse nur für die allererheblichsten Entscheidungen reservirt bleiben. Bei der Besprechung der Mängel und Lücken des Senatskonsults erklärt der Redner für wünschenswerth, daß der Regierung die Befugniß genommen würde, die Maires außerhalb der Municipalräthe zu ernennen. Auch müßten die Sitzungen der Municipalräthe öffentlich sein. Man dürfe sich nicht durch das Drohen mit Revolution schrecken lassen, denn das beste Mittel, dieselbe zu vermeiden, bestehe darin, daß man das von ihr entwähme, was sie an Gutem habe. Die Regierung beginne jetzt erst sich dieses noch nicht angewendeten Mittels zu bedienen, möge sie bei demselben verbleiben, ohne sich über Agitationen zu beunruhigen. In seiner Entgegnung auf die Rede des Prinzen Napoleon betonte der Minister des Innern, die Freiheit lasse sich nicht gründen mit einem solchen Ungestüm in Gedanken und Handlungen, welche alle Uebergänge überspringen und die wesentlichsten Privilegien der Staatsgewalt in übereilter Weise aufgeben wollen. Man müsse vielmehr die öffentlichen Freiheiten successiv zu entwickeln suchen. Der Minister hält das Kaiserthum für besser verträglich mit der Freiheit als jede andere Regierung. Die Forderung der Ernennung der Maires durch die Municipalräthe weist der Minister zurück und schließt mit den Worten: Ich bin überzeugt, daß sich weder im Senat noch im gesetzgebenden Körper eine Mehrheit finden würde, um diese Ideen, welche ich für gefährlich für Land und Regierung halte, zu unterstützen.

**Paris, 2. September.** Der Senat setzte heute die Berathung des Senatskonsults fort. Graf Segur d'Aguesseau sprach sich mit Entschiedenheit gegen die von dem Prinzen Napoleon geäußerten Ansichten aus. Der Berichterstatter Desienne verteidigte die Kommission gegen den Vorwurf, als habe sie die Bestimmungen des Senatskonsults beschränken wollen.

**Florenz, 2. September.** Die Minister des Innern, der öffentlichen Arbeiten und des Unterrichts haben ihre bereits eingereichten Entlassungsgesuche auf den Wunsch des Königs wieder zurückgezogen.

**London, 31. August.** Aus Irland wird wieder ein Verbrechen gemeldet, welches agrarischen Ur-





